

/// ... Bombenstimmung

## TRUMP, IRAN UND DIE GEFAHR EINER ESKALATION AM GOLF

**ANDREAS BOCK** /// US-Präsident Donald Trump droht Iran, nachdem er den Gemeinsamen Aktionsplan (JCPOA) völkerrechtswidrig aufgekündigt hat, unverhohlen mit beispiellosen Konsequenzen. Das Dilemma dieser Drohpolitik ist, dass sie kontraproduktiv und brandgefährlich ist. Sie bestätigt Iran in der Wahrnehmung, dass Washington einen Systemwechsel will und internationale Abkommen Iran keinen Schutz bieten. Und dies könnte Teherans Einstieg in den Ausstieg aus dem JCPOA bedeuten.

Die völkerrechtswidrige<sup>1</sup> Entscheidung von US-Präsident Donald Trump, den JCPOA einseitig aufzukündigen, obwohl von Seiten Teherans bis dato nicht gegen die Auflagen des Aktionsplans verstoßen wurde, ist aus mindestens zwei Gründen fatal: Zum einen könnte sie Iran in eine Situation bringen, in der sich selbst Präsident Rohani gezwungen sieht, die Urananreicherung wieder zu beginnen, um sein Land so zumin-

dest an die Schwelle der nuklearen Bewaffnung zu führen. Zum anderen würde Teheran genau damit das etablierte Narrativ bedienen, dass Iran eine Bedrohung ist, und das Land somit noch tiefer in die internationale Isolation führen.

Iran ist eine Bedrohung. Kaum ein US-Präsident, der dieses Vorurteil seit der Gründung der Islamischen Republik Iran im Jahre 1979 nicht bedient hätte. Selbst US-Präsident Barack Obama, der zusammen mit Irans Präsident Hassan Rohani die Voraussetzung für die Unterzeichnung des JCPOA am 14. Juli 2015 geschaffen hatte, drohte Teheran nur wenige Jahre zuvor noch unverhohlen mit militärischer Gewalt, sollte Iran an seinem Atomprogramm festhalten.<sup>2</sup>

**TRUMPS** Politik treibt Iran zurück  
in sein Atomprogramm.



Quelle: ATTA KENARE / Getty Images

**Trumps Iran-Politik gefährdet nicht nur das Atomabkommen, sondern verstärkt das langjährige Feindbild USA im Iran weiter vehement.**

### **Was macht Iran zu einer Bedrohung?**

Die Frage, was einen Akteur zu einer Bedrohung macht, beschäftigt die Wissenschaft und die Politik seit alters her. Thukydides hat mit der Geschichte des Peloponnesischen Kriegs wohl die erste konstruktivistische Bedrohungsperzeptionsanalyse geschrieben. Denn die Frage, was Athen oder Sparta in der Wahrnehmung des jeweils anderen Akteurs zu einer Bedrohung machte, war das Ergebnis eines Konstruktionsverfahrens: Wahrgenommene Informationen werden auf der Grundlage von expliziten und impliziten Vorannahmen sinnstiftend interpretiert.

Die meiner Analyse zugrunde gelegte Annahme ist, dass Bedrohung kein objektiver Tatbestand ist. Was einen Akteur zu einer Bedrohung macht, hängt wesentlich von der Wahrnehmung dieses Akteurs und nicht von scheinbar objektiven Kriterien wie den militärischen Möglichkeiten ab. Trotz der Tatsache, dass beispielsweise die USA bis heute in der Lage wären, Deutschland, Frankreich oder auch Großbritannien mit ihren Nuklearwaffen zu zerstören, fühlen sich diese Länder von Amerika nicht bedroht. Im Gegenteil, das Nukleararsenal der USA wird als Garant der Sicherheit Europas

wahrgenommen.<sup>3</sup> Umgekehrt wurde aber die Schwäche Moskaus – gemessen an der im Vergleich zu den USA geringeren (schwächeren) Ausstattung mit Nuklearwaffen – im Kalten Krieg als Bedrohung wahrgenommen.<sup>4</sup> Ebenso wird der bis heute in wirtschaftlicher wie militärischer Hinsicht deutlich schwächere und unterlegene Iran<sup>5</sup> von Israel und den USA als massive Bedrohung für die eigene Sicherheit wahrgenommen. Offensichtlich gibt es also einen Unterschied zwischen dem, was politische Entscheidungsträger als Bedrohung interpretieren, und dem, was militärische Fähigkeiten nahelegen würden. Zur Erklärung dieser Varianz können Theorien kognitiver Psychologie einen wertvollen Beitrag leisten.

Was also macht Iran zu einer Bedrohung? Und warum halten wir umgekehrt die USA, trotz überwältigender militärischer Zerstörungskraft und dem wiederholt bewiesenen Willen, diese auch einzusetzen, nicht für eine Bedrohung? Weil unsere Wahrnehmung von bestimmten Vorannahmen beeinflusst ist, wie Robert Jervis in „Perception and Misperception in International Politics“ schreibt: „We tend to believe that countries we like do things we like, support goals we favor, and oppose countries that we oppose. We tend to think that countries that are our enemies make proposals that would harm us, work against the interests of our friends, and aid our opponents.“<sup>6</sup> Was Jervis hier beschreibt, sind kognitive Abkürzungen oder Heuristiken, mit denen wir aus der Fülle der Informationen, die wir durch unsere Sinne auf- und wahrnehmen, in einem aktiven Interpretationsprozess einen Sinn konstruieren und damit de facto eine eigene Realität erschaffen. Mittels kog-

nitiver Heuristiken gelingt es uns auch, (für uns) widersprüchliche oder uneindeutige Informationen sinnstiftend zu interpretieren und diese kognitiv abzusichern. Der Prozess der Sinnstiftung resp. Konstruktion sozialer Realität ist von internen wie externen Faktoren abhängig wie vom Kontext, in dem man sich bewegt, oder von den Erfahrungen, die man individuell gemacht hat oder die kollektiv geteilt und erinnert werden. Die Auswirkungen der Geiselnahme von Teheran 1979 ist dafür ein gutes Beispiel. So prägt die Erinnerung daran bis heute das Iran-Bild in den USA.<sup>7</sup> Die damals beendeten diplomatischen Beziehungen beider Länder wurden bis heute nicht wieder reaktiviert.

**Bedrohungen werden individuell  
SUBJEKTIV wahrgenommen.**

Darum kann die gleiche Aktion, beispielsweise das Streben nach bestimmten Waffen, sowohl als aggressive wie auch als defensive Maßnahme wahrgenommen und interpretiert werden. Oder, wie Jervis feststellt: „Different people use the same event to support different policies.“<sup>8</sup> Folglich liegt das, was eine Bedrohung zu einer Bedrohung macht, nicht in der Sache – einem Verhalten, einem Sachverhalt oder einem Objekt – an sich begründet. Das, was eine Bedrohung zur Bedrohung macht, ist die Interpretation einer Aktion, einem Verhalten oder auch einer Äußerung oder einem Objekt durch

den Beobachter. Die Frage, ob das Streben nach Waffen von Akteur A für Akteur B eine Bedrohung darstellt liegt im Auge des Betrachters, je nachdem, wer A oder B ist.<sup>9</sup>

**Mit kognitiver Heuristik wird die jeweils **EIGENE** Interpretation und Realität geschaffen.**

Vielleicht gilt uns Iran, anders als Regime wie Saudi-Arabien, die aus liberal-demokratischer Perspektive nicht weniger problematisch sind, eben auch nur darum als Bedrohung, weil der politische wie öffentliche Diskurs zu Iran genau von dem Narrativ, dass Teheran eine Bedrohung darstellt, geprägt ist.

### **Rohanis Dilemma**

Warum könnte Trumps einseitige Aufkündigung des JCPOA den Iran in eine Situation bringen, in der Teheran wieder mit der Urananreicherung beginnen könnte? Rohani wird, sollte das Abkommen nicht zu substantziellen wirtschaftlichen Verbesserungen im Land führen, innenpolitisch noch weiter unter Druck geraten. So euphorisch die EU den Aktionsplan aufgenommen hat, so umstritten war und ist er in Teilen der konservativen Elite Irans. Dass der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei seinem Präsidenten weitgehend freie Hand für die Aushandlung des Atom-Deals gelassen hat, ist zu einem guten Teil auch durch die prekäre wirtschaftliche Lage des Landes zu erklären. Die Hoffnungen

auf Seiten Teherans, dass das JCPOA die wirtschaftliche Lage schnell und substanziell verbessern würde, waren groß. Durch die Entscheidung Trumps drohen sich diese Hoffnungen nun nicht zu erfüllen. Die EU und auch Russland scheinen nach dem derzeitigen Stand nicht in der Lage zu sein, den Ausstieg der USA zu kompensieren. Zu groß ist die Sorge bei europäischen Unternehmen, durch die US-Sanktionen zu Schaden zu kommen.

Das Zugeständnis, das Teheran in der Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung gemacht hat, und wofür es das auch als nationales Prestigeprojekt bewertete Atomprogramm weitgehend aufgegeben hat, droht sich damit in der Wahrnehmung Irans nicht nur als schlechtes Geschäft, sondern auch als sicherheitspolitisch fatal zu erweisen, denn Iran fürchtet bis heute, dass die USA einen Systemwechsel herbeiführen könnten. Die Twitter-Äußerungen von Trump, in denen er Iran Konsequenzen androht, „die nur wenige in der Geschichte jemals zu spüren bekommen haben“<sup>10</sup>, werden diese Sorgen in Teheran sicherlich nicht zerstreuen.

Um seine innenpolitischen Widersacher in Schach zu halten und einem außenpolitischen Gesichtverlust entgegen zu wirken, könnte sich Rohani daher tatsächlich gezwungen sehen, die Urananreicherung wieder aufzunehmen –

**Die prekäre wirtschaftliche Lage in Iran sowie Trumps Agieren bringen das Abkommen in **GEFAHR**.**

mit weitreichenden Konsequenzen für Iran. Zum einen würde sich das Narrativ eines gefährlichen und bedrohlichen Irans vor allem in Washington und Jerusalem bestätigen, zum anderen würde Teheran auch in Europa massiv an Glaubwürdigkeit einbüßen. Die Chancen auf eine Annäherung mit dem Regime in Teheran wären auf Jahrzehnte verspielt.

### Wiederholt sich die Geschichte?

Das Dilemma der Sanktions- und Drohpolitik von Trump ist, dass sie ebenso kontraproduktiv wie brandgefährlich ist. Die aktuelle US-Politik gegenüber Teheran bestätigt nur die etablierte Wahrnehmung Irans, nämlich, dass Washington einen Systemwechsel will und internationale Abkommen Iran keinen Schutz bieten, sondern Teheran in Fragen seiner Sicherheit am Ende alleine auf sich gestellt bleibt, eine Erfahrung, die Iran schon einmal während des Iran-Irak-Krieges gemacht hat. Damit bedient Trump – bewusst oder unbewusst – all jene Mechanismen und historisch etablierten Bedrohungspereptionen vor allem auf Seiten der Hardliner in Teheran, die schon einmal für eine Eskalation des Atomstreits verantwortlich waren, und die ein iranisches Atomprogramm als rationales Mittel der Selbstverteidigung und der Selbsterhaltung (des Regimes) erscheinen ließen, nur dass der Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Atomprogramm weder in Washington, noch in Jerusalem und auch nicht in den Hauptstädten der EU als rationales Mittel der Selbstverteidigung gesehen werden würde. Im Gegenteil: Im besten Fall bliebe Iran über Jahre hinweg international isoliert, im schlimmsten würde die militärische Eskalation des Konflikts

mit kaum absehbaren Folgen für die Region drohen.

### Teherans Angst vor dem Systemwechsel

Tatsächlich hat es seit Ronald Reagan kein US-Präsident an aggressiver Rhetorik gegenüber Teheran fehlen lassen. Bill Clinton nannte Iran 1994 einen „Schurkenstaat“. 1995 verhängte er strenge Öl- und Handelssanktionen gegen Teheran und unterband praktisch jeden Handel zwischen den USA und Iran. George W. Bush machte Iran in seiner „Rede zur Lage der Nation“ vom 29. Januar 2002 zu einem Teil der „Achse des Bösen“, zusammen mit Irak und Nordkorea. In der Wahrnehmung Irans hat die Rede Bushs eine besondere Bedeutung. Sie

Seit Reagan pflegten die USA einen **AGGRESSIVEN** Ton gegenüber Teheran.

beendete nicht nur die kurze Phase der strategischen Zusammenarbeit zwischen Washington und Teheran nach dem Sturz der Taliban in Afghanistan. Vor allem bestärkte sie Iran in der Überzeugung, dass Atomwaffen ein notwendiges Mittel der Selbstverteidigung seien. Während die USA im Irak einen Systemwechsel herbeiführten, gab Washington dem Regime in Nordkorea, kaum dass Pjöngjang am 10. Februar 2005 den Besitz der Atombombe erklärt hatte, eine Sicherheitsgarantie. Eine solche Sicherheitsgarantie gibt es für Iran bis heute nicht.

Bemerkenswert ist, dass Iran ein grundsätzliches Interesse an einer De-eskalation gezeigt hat. 2003, unmittelbar nach dem Beginn der Operation „Iraqi Freedom“, ließ Präsident Mohammad Khatami die Bedingungen einer nachhaltigen Aussöhnung mit den USA ausloten. Über den Schweizer Botschafter in Teheran ließ er eine konkrete Road Map für die Beilegung der Feindseligkeiten beider Länder an Bush übermitteln. Darin bot Khatami an, die Unterstützung militanter Palästinenser-Gruppen einzustellen, auf die Transformation der Hisbollah in eine rein politische Organisation hinzuwirken, eine Zweistaatenlösung zwischen Israel und Palästina zu unterstützen und das eigene Atomprogramm offenzulegen. Im Gegenzug forderte Iran die Aufhebung der US-Sanktionen, freien Zugang zu ziviler Nukleartechnologie sowie Sicherheitsgarantien. Außerdem sollte Bush seine Aussage zurücknehmen, Iran gehöre zur „Achse des Bösen“. Die Regierung Bush lehnte diese Initiative ab.

Wenn Trump heute Iran mit buchstäblich historisch singulären Konsequenzen droht, dann schließt seine Rhetorik damit unmittelbar an eine Politik an, die in Teheran stets als unmittelbare Bedrohung des Regimes wahrgenommen wurde. Und die den Wiedereinstieg in die Urananreicherung aus iranischer Perspektive fast zwangsläufig als rationales Mittel der Selbstverteidigung und der Selbsterhaltung (des Regimes) erscheinen lassen.<sup>11</sup>

### **Das Völkerrecht bietet (wieder) keinen Schutz für Iran**

Der JCPOA sollte Iran nicht nur wirtschaftlichen Aufschwung, sondern auch ein Plus an Sicherheit bringen. Durch

die erfolgreichen Verhandlungen in Wien, so die Hoffnung Teherans, könnte man sich als vertrauenswürdiger internationaler Partner zeigen. Auch darum ist Iran mit dem JCPOA in Vorleistung gegangen und hat einer umfassenden Reduktion seiner nuklearen Kapazitäten zugestimmt. Durch die Entscheidung Trumps, den Aktionsplan einseitig aufzukündigen, sieht sich Teheran mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit an Erfahrungen erinnert, die Iran auf blutige Weise während des Iran-Irak-Krieges machen musste, nämlich, dass internationale Abkommen für Teheran keine Gültigkeit haben und Iran auch keinen Schutz und keine Sicherheit bringen. Und so prägend die Geiselnahme von Teheran bis heute für das US-amerikanische Iran-Bild ist, so prägend ist die Erinnerung an das Verhalten gerade der USA während des Iran-Irak-Krieges bis heute in Iran.

### **Das TRAUMA Irans mit Amerika wiederholt sich gerade.**

Der Sturz des Schahs im Januar 1979 und die Errichtung der Islamischen Republik Iran zwangen die USA, sich einen neuen Verbündeten in der Golf-Region zu suchen. Um die eigene Vormacht zu gewährleisten, hatte Amerika bislang auf zwei Partner gesetzt, nämlich Saudi-Arabien und das Regime des Schahs von Persien. Die Wahl Washingtons fiel auf den Nachbarn Irans, nämlich Saddam Husseins Irak. Von

diesem hoffte man, dass er das Regime in Teheran nicht nur eindämmen, sondern es vielleicht sogar wieder beseitigen könnte. Denn die Vorstellung, der Iran könnte aus dem Ersten Golfkrieg, den Saddam Hussein am 22. September 1980 begonnen hatte, als Sieger hervorgehen, war für Präsident Ronald Reagan ein Horrorszenario. Um Irak offiziell im Krieg gegen Iran unterstützen zu können, strichen die USA im Februar 1982 das Regime in Bagdad von der Schwarzen Liste der den Terrorismus unterstützenden Staaten. Zwischen 1983 und 1987 erhielt Irak dann nicht nur Handelskredite in Höhe von jährlich mehreren Hundert Millionen US-Dollar, die USA versorgten das Land auch mit wichtigen Geheimdienstinformationen.

Zudem ermutigte Washington die europäischen Partner zur Zusammenarbeit mit Bagdad. Neben Waffen erhielt Bagdad auch indirekte Unterstützung für den Bau von biologischen und chemischen Waffenfabriken.<sup>12</sup> Durch den Einsatz irakischer Chemiewaffen, die das Regime in Bagdad, wie die UN festgestellt haben, ohne ausländische Hilfe nie hätte produzieren können, wurden während des Ersten Golfkrieges etwa 50.000 iranische Soldaten verwundet, weitere 5.000 von ihnen starben. Dieser massive Einsatz chemischer Waffen durch Irak, der sich auch gegen die eigene Bevölkerung richtete und eine schwerwiegende Verletzung des Genfer Protokolls von 1925 darstellte, löste allerdings keine Reaktion der internationalen Gemeinschaft aus.

In Iran vollzog sich daraufhin eine Kehrtwende in der Bewertung von Massenvernichtungswaffen (WMD). Ursprünglich hatte Ayatollah Ruhollah Khomeini den Einsatz und Besitz von

WMD als unvereinbar mit dem Islam eingeschätzt. Iran suspendierte darum das unter dem Schah mit westlicher Hilfe initiierte Atomprogramm. Iran ist heute Vertragspartei der Chemie- und Biowaffenkonvention sowie des Atomwaffensperrvertrags (NPT). Der Erste Golfkrieg aber lehrte Iran, dass solche Abkommen keinen Schutz garantieren und Teheran selbst für seine Verteidigung sorgen muss. Nach 1984 war Khomeini davon überzeugt, dass Atomwaffen als Mittel der Abschreckung und Selbstverteidigung notwendig seien.

**Die Erfahrungen Irans mit den USA im Ersten Golfkrieg **BEWIRKTEN** dessen atomare sicherheitspolitische Wende.**

Die iranische Selbstwahrnehmung als verwundbarer Staat war für einen fundamentalen sicherheitspolitischen Richtungswechsel verantwortlich. Khomeinis Ablehnung von Massenvernichtungswaffen war nicht machtpolitisch begründet. Erst die Erfahrung sicherheitspolitischer Ohnmacht ließen die iranische Atombombe für Khomeini Mitte der 1980er-Jahre zum ersten Mal zu einem rationalen und machtpolitischen Mittel der Abschreckung und Selbstverteidigung werden.

Sollte es der EU und auch Russland nicht gelingen, den Gemeinsamen Aktionsplan trotz US-amerikanischer Droh- und Sanktionspolitik am Leben zu erhalten, also die Iran im Rahmen des JCPOA in Aussicht gestellte Aufhe-

bung bestehender Handelsrestriktionen, könnte sich die Geschichte wiederholen. Nämlich, dass sich in Teheran einmal mehr die Überzeugung durchsetzt, dass das Streben nach Atomwaffen als Mittel der Abschreckung und Selbstverteidigung notwendig sei.

### Die vermeidbare Gefahr der Eskalation

Die einseitige Aufkündigung des JCPOA durch Donald Trump birgt enorme Risiken für die Zukunft des Nichtverbreitungsregimes des NPT und für die Stabilität der gesamten Region. Ein Ausstieg Irans aus den Verpflichtungen des Aktionsplans würde Teheran nicht nur, weil dieser Schritt das negative Narrativ eines unzuverlässigen und bedrohlich Irans reproduzieren und bestätigen würde, international isolieren, sondern es könnte auch die Kriegsgefahr am Persischen Golf signifikant erhöhen. Tatsächlich sind mehrere kurz- und mittelfristige Szenarien denkbar:

- Die Blockade der Straße von Hormus: Rohani hat als Reaktion auf die Sanktions- und Drohpolitik Trumps, die Irans Präsident als „eine Politik der Vernichtung Irans“ bezeichnet hat, mit einer scharfen Reaktion gedroht. Im Falle US-amerikanischer Ölsanktionen könnte Iran die Straße von Hormus am Persischen Golf blockieren und so den gesamten Ölexport der Region lahmlegen.<sup>13</sup>
- Wettrüsten um die hegemoniale Vormacht: Der Wiedereinstieg in die Urananreicherung, der von den regionalen Nachbarn Irans, allen voran Saudi-Arabien, die Türkei und Israel, sicherlich als Beweis der Atomwaffenambitionen Teherans interpretiert werden wird, dürfte das Wettrüsten

in der Region noch weiter anheizen. Saudi-Arabien investiert aktuell bereits 70 Milliarden Dollar in das Militär und Waffen und belegt damit weltweit Platz Drei der Länder mit den höchsten Rüstungsausgaben.<sup>14</sup> Zudem ist nicht auszuschließen, dass Riad auch auf eine nukleare Option setzen könnte.

- Militärschläge gegen iranische Atomanlagen: Schon 2010 schienen Militärschläge Israels gegen Atomanlagen in Iran mehr als wahrscheinlich.<sup>15</sup> Sollte sich Iran tatsächlich für den Wiedereinstieg in die Urananreicherung entscheiden, wäre es aktuell nicht unwahrscheinlich, dass sich die USA und Israel für ein gemeinsames militärisches Vorgehen entscheiden könnten.

Jedes dieser Szenarien ist problematisch und in seinen Konsequenzen katastrophal. Tragisch ist indes, dass keines notwendig ist und unvermeidlich wäre. Tragisch ist zudem, dass weniger Iran

**Eine drohende **ESKALATION** schadet allen und ist besser zu vermeiden.**

als die USA für die mögliche (auch militärische) Eskalation um die Einhaltung des JCPOA verantwortlich sind, die politischen, ökonomischen und humanitären Kosten allerdings vor allem Iran aufgebürdet würden. ///



### **/// PROF. DR. ANDREAS BOCK**

**ist Professor für Politikwissenschaft und hat den Lehrstuhl für Unsicherheitsforschung an der Akkon-Hochschule für Humanwissenschaften Berlin inne.**

#### **Anmerkungen**

- <sup>1</sup> Zwar ist der JCPOA kein völkerrechtlich bindender Vertrag, allerdings wurde der Gemeinsame Aktionsplan durch die Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrates rechtsverbindlich. Der Sicherheitsrat fordert darin die UN-Mitglieder nicht nur auf, den Aktionsplan zu unterstützen, sondern beschließt zudem Maßnahmen zu dessen Umsetzung, die gemäß Kapitel 7 der UN-Charta durch die Androhung von Zwangsmaßnahmen abgesichert sind.
- <sup>2</sup> Bock, Andreas: (Un-)Sicherheitsfaktor Atombombe. Eine Analyse der Krise um das iranische Nuklearprogramm, Berlin 2012.
- <sup>3</sup> Jervis, Robert: Perceiving and coping with threat, in: Psychology and deterrence, hrsg. von R. N. Lebow und J. G. Stein, Baltimore 1985, S. 13-33.
- <sup>4</sup> Ebd.
- <sup>5</sup> Auch die Teheran unterstellten Ambitionen, nach einer eigenen Atomwaffe zu streben, würden an der faktischen Unterlegenheit nichts ändern; allenfalls wäre der Iran mit einer eigenen Bombe nicht mehr (so leicht) angreifbar. Damit aber hätte eine iranische Nuklearwaffe eher eine defensive und weniger eine offensive Wirkung.
- <sup>6</sup> Jervis, Robert: Perception and Misperception in International Politics, Princeton 1976, S. 118.
- <sup>7</sup> Nach dem Sturz des Schahs befanden sich 52 US-Diplomaten und Botschaftsmitarbeiter für 444 Tage, vom 4.11.1979 bis zum 20.1.1981, in iranischer Geiselhaft.
- <sup>8</sup> Jervis: Perception and Misperception in International Politics, S. 164.
- <sup>9</sup> Blight, James G.: Becoming Enemies: U.S.-Iran Relations and the Iran-Iraq War, 1979-1988, Lanham 2014.
- <sup>10</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-trump-und-mike-pompeo-drohen-iran-mit-konsequenzen-a-1219651.html>, Stand: 25.7.2018.
- <sup>11</sup> Bock: (Un-)Sicherheitsfaktor Atombombe, S. 5.
- <sup>12</sup> Pollack, Kenneth M.: The Threatening Storm: The Case for Invading Iraq, New York 2002, S. 19.
- <sup>13</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/iran-rohani-warnt-trump-vor-mutter-aller-kriege-1.4065534>, Stand: 25.7.2018.
- <sup>14</sup> <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-05/sipri-bericht-ruestungsausgaben-steigen-weltweit>, Stand: 25.7.2018.
- <sup>15</sup> <http://ddc.arte.tv/unsere-karten/bombenangriffe-auf-den-iran>, Stand: 25.7.2018.